

Mediencommuniqué vom 23. August 2011

Zahlen zur verschärften Wohnungsnot werden einseitig zurechtgebogen:

Departement als Sprachrohr der «Avenir Suisse»

Erneut verschärfte Wohnungsnot: Dies belegen die auf nunmehr 0,5 Prozent geschrumpften Leerwohnungszahlen. Doch aus dieser Wohnungsnot macht das Präsidentialdepartement einen «gut funktionierenden» Wohnungsmarkt. Es zitiert einseitig Studien, macht sich zum Sprachrohr der ideologischen «Avenir Suisse» und verabschiedet sich so vom verfassungsmässigen Mieterschutz.

Die Zahlen sind klar, deren Interpretation durch das Präsidentialdepartement unerhört. Gemäss Statistischem Amt ist der Leerwohnungsbestand im Stadtkanton innert einer Jahresperiode erneut gesunken, und zwar auf Besorgnis erregende 0,5 Prozent. Unbestritten ist dies gemäss Bundesgericht «Wohnungsnot», Tendenz zunehmend. Noch schlimmer: Die Wohnungsnot besteht durchs Band weg von 1-Z'Whgn bis zu kleineren und grösseren Familienwohnungen, so gemäss Statistischem Amt von heute.

Wohnungsnot umgebogen in «gut funktionierender Wohnungsmarkt»

Der Wohnungsmarkt «funktioniert», behauptet schon der Titel der präsidentialen Medienmitteilung - und das angeblich auch noch «gut». Zur Begründung stützt sich das Präsidentialdepartement in fragwürdiger Weise auf ausgewählte nationale Studien und Papiere. So schreibt das Departement von «moderater» Mietzinsentwicklung, dies gestützt auf eine Studie des Bundesamtes für Wohnungswesen. Da werden Aussagen um- und zurechtgebogen:

- Gegenteil besagt diese gleiche Studie des Bundesamtes auch, dass günstiger Wohnraum in Basel verschwindet.
- Kantoneigene Statistiken belegen, dass die Basler Mietzinse über die Teuerung hinauschiessen und gegenläufig sind zur Tendenz sinkender Referenzzinse auf dem Hypothekenzinsmarkt; das Präsidentialdepartement unterschlägt diese Statistiken vollständig.
- Seriöse Einschätzungen wie die Analysen in den «Jahrbüchern der Sozialhilfe» 2009 und 2010 sprechen von einer prekären Lage auf dem Basler Wohnungsmarkt für viele einzelne Bevölkerungsteile; das Präsidentialdepartement lässt dies ebenfalls unerwähnt.

UBS/Zürich/Grossinvestoren als zweifelhafte Zeugen

Stattdessen kramt man im Basler Rathaus das ideologisch verbrämte «Diskussionspapier» der «Avenir Suisse» hervor. Das Präsidentialdepartement zitiert daraus, «der Anstieg der Mieten und der damit verbundene Kaufkraftverlust» werde «tendenziell überschätzt». Dies ist aber eine Kampfansage an das Soziale Basel. Denn «Avenir Suisse» will den sozialen Schutz in der Schweiz weitgehend abschaffen und den Markt «sich selber überlassen», womit sie tendenziell gerade auch den Mittelstand attackiert. Das Papier selber ist im Übrigen, was die Bodenpolitik angeht, ein Pamphlet gegen die Wohngenossenschaften.

Den Mieterschutz weitgehend abzuschaffen widerspricht aber diametral dem sozialen Auftrag, welchen die Basler Regierung sowohl von der Bundesverfassung als noch verstärkt von der kantonalen Verfassung erhalten hat.

Noch nie soviel leer stehende Büro-/Gewerberäume – Rosenthalhäuser schützen

Noch nie seit 2002 standen sovielen Büro- und Gewerberäume leer, wie das Statistische Amt weiter berichtet. Schon 2002 hat die Bevölkerung die Umwandlung der Rosenthalhäuser in

Büroräume an der Stimmurne abgelehnt. Umso klarer ist aufgrund der heutigen Vervierfachung leerstehender Büros vom Regierungsrat zu fordern, dass er die von der «Zurich» - einem Mitglied der «Avenir Suisse» notabene – geplante Schleifung der guten und bezahlbaren Rosentalhäuser und deren Ersatz durch anonyme Bürobauten und Luxuswohnungen unverzüglich stoppt.

Mit der Wohnbevölkerung kooperieren, neoliberale Wohnstrategie zurückziehen

Der Basler Mieterinnen- und Mieterverband (MV Basel) verlangt vom Regierungsrat, die Realitäten im Stadtkanton zu erkennen, auf die marktgläubige Wohnstrategie zu verzichten und nicht länger die Bedürfnisse einer kleinen Minderheit («gute Steuerzahlende») über die Interessen der Basler Bevölkerungsmehrheit zu stellen.

Angesichts der erneut gesunkenen Leerwohnungsziffern ist der Entwurf eines «Wohnraumfördergesetzes» zurückzuziehen. Die zurückhaltende Verfassungsinitiative des MV Basel bietet einen gangbaren Weg, um für alle Beteiligten eine dem Sozialen Basel würdige Wohnschutzpolitik einzuleiten.
